

2



Beschluß-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Abgeordneten Dr. Matthias TSCHIRF und Dr. Wolfgang ULM, eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 24.4.2003 zu Post 3 der Tagesordnung, betreffend Wahlrecht für Wienerinnen und Wiener mit Zweitwohnsitz in Wien

Die Einführung des kommunalen Wahlrechts für jene Wienerinnen und Wiener, welche in Wien einen Zweitwohnsitz haben, war einer der wichtigen Punkte in Ihrer Regierungserklärung im Wiener Gemeinderat vom 27.4.2001. Diese Forderung ist nicht zuletzt deswegen aktuell, weil viele Bewohner unserer Stadt einen Wohnsitz in Niederösterreich haben. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass unser Nachbarbundesland das Wahlrecht für Zweitwohnbesitzer in der Landeswahlordnung normiert hat.

Als Landeshauptmann und Bürgermeister der Stadt Wien haben Sie den Wienerinnen und Wienern in Ihrer Regierungserklärung die Zusage gegeben, die Bestimmungen des Wiener Wahlrechts hinsichtlich einer Zuerkennung des Wahlrechts für Zweitwohnbesitzer zu ändern. In der Fragestunde des Wiener Landtages vom 25.9.2002, also fast zwei (!) Jahre nach Ihrer Erklärung, haben Sie auf eine diesbezügliche Anfrage geantwortet, „....., ich habe es schon gerne, wenn Dinge, die in der Regierungserklärung gesagt wurden, dann auch in der Folge umgesetzt werden. So etwas mag ich einfach. Und ich kann Ihnen daher versichern, dass ich mir das wirklich anschauen werde.“ Nun sind seitdem wieder sieben Monate vergangen.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Es sind umgehend Gespräche mit den im Wiener Landtag vertretenen Parteien aufzunehmen mit dem Ziel, in absehbarer Zeit eine Novelle zur Wiener Gemeindewahlordnung vorzulegen, die – entsprechend den Intentionen des Herrn Landeshauptmannes – für Wienerinnen und Wiener, die in der Bundeshauptstadt Wien ihren Zweitwohnsitz haben, das kommunale Wahlrecht normiert.

In formeller Hinsicht beantragen wir die Zuweisung dieses Antrages, an den Herrn Landeshauptmann und an die Frau amtsführende Stadträtin für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal.

Wien, 24.4.2003

Handwritten signatures of Matthias Tschirf and Wolfgang Ulm, and a stamp from the Magistratsdirektion der Stadt Wien.

